

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Amerika drängt auf Verständigung.

Hughes über die Konferenzprobleme.

Paris, 30. Juli. (Eco.) Staatssekretär Hughes gewährte einem Redaktionsmitglied des „Petit Parisien“ eine Unterredung, in der er seine Ansichten über die Verhandlungen in London äußerte: „Ich bin Optimist, weil ich optimistisch sein will. Seit fünf Jahren wird nun über die Schwierigkeit debattiert, die der Krieg heraufbeschworen hat. Was soll denn werden, wenn auch diese Konferenz noch scheitern würde? Der Dawes-Plan ist zwar keine vollkommene Lösung. Ein Ideal gibt es überhaupt nicht, aber er kann zu seinen Grundlagen wenigstens das Ideal der Gerechtigkeit und das der Vernunft rechnen und ist überdies leicht und praktisch durchzuführen. Die Staatsmänner in London, dessen bin ich sicher, sind von dem guten Willen besetzt, zu einem Ziel zu kommen. Wie soll es da nicht möglich sein, zu einer Einigungsformel zu gelangen, die alle Forderungen und alle Interessen befriedigt, den Frieden vollkommen herstellt und den Wünschen der Welt entspricht?“

Auf die Frage des Interviewers, ob Amerika die 800-Millionen-Anleihe zeichnen und die 16 Milliarden Obligationen an amerikanischen Märkte unterbringen würde, erklärte Hughes: „Sie werden verstehen, daß es mir unmöglich ist, auf Einzelheiten dieser Finanzoperation einzugehen. Ich kann nur den Wunsch ausdrücken, daß dieser Finanzoperation ein Erfolg beschieden sein möge.“ Auf eine weitere Frage, welche Sicherheit Frankreich als Kompensation gegen die militärische Räumung des Ruhrgebiets gewährt werden könne, erwiderte Hughes: „Ich glaube, daß die wahrhafte Sicherheit darin besteht, den Haß auszuräumen, die diplomatischen Bande zwischen den Völkern durch die Arbeit und den wirtschaftlichen Frieden wieder anzustellen und guten Willen zu zeigen.“

Der Interviewer erinnerte Hughes an seine frühere Erklärung, daß das französische Volk immer auf die moralische und materielle Hilfe der Vereinigten Staaten im Falle eines Angriffes rechnen könne. Hughes erwiderte: „Ich habe nicht das Recht, hierauf zu antworten. Ich könnte dadurch nur die Arbeiten der Staatsmänner in London erschweren. Die sich in diesem Augenblick bemühen, eine Einigung herbeizuführen. Ich kann und will nur dieses sagen: Der Dawes-Plan ist die erste Notwendigkeit. Die anderen Fragen werden sich nach seiner Inkraftsetzung schon regeln. Wird der Dawes-Plan abgelehnt, dann wird ein unendliches Chaos entstehen; wird er aber durchgeführt, glaube ich, werden wir können, daß dies zum Wohle Frankreichs und aller Völker sein wird.“

Der französische Kompromißvorschlag.

Paris, 30. Juli. (Eig. Drahtber.) Der bereits am Dienstag in seinen Grundzügen mitgeteilte neue französische Kompromißvorschlag läuft im wesentlichen darauf hinaus, eine Art oberchiedsrichterliche Instanz für alle Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten, die sich bei der Durchführung des Dawes-Planes ergeben können, zu schaffen. Die Schiedsrichter, in der Zahl von drei, von denen einer ein Amerikaner sein soll, sollen nicht nur bei einer Entscheidung über das Vorliegen einer deutschen Verletzung das letzte Wort haben, sondern sie sollen auch von jeder einzelnen Macht angerufen werden können, sobald in der Reparationskommission oder in einem der auf Grund des Sachverständigenplanes neu zu schaffenden Organe eine Entscheidung gegen die Stimme dieser Macht fallen sollte. Endlich sollen die Schiedsrichter alle Meinungsverschiedenheiten, zu denen es über die Auslegung des Dawes-Planes zwischen Deutschland und den einzelnen der alliierten Regierungen kommen sollte, sei es in der Frage der Naturalieferungen oder der Ueberweisungen, zu schlichten haben. Die neue französische Formel hebt das in der vergangenen Woche von Teilnehmern vorgeschlagene Verfahren nicht auf, sondern beide sind bestimmt, sich zu ergänzen, derart, daß sowohl die Reparationskommission bei der Feststellung etwaiger Verletzungen, wie auch die alliierten Regierungen bei der Entscheidung über Sanktionen zunächst ein Gutachten eines aus fünf Sachverständigen und einem Vertreter der internationalen Geldgeber bestehenden Komitees einzuholen haben. Wenn es danach nicht zu einstimmigen Beschlüssen kommen sollte, so ist die Entscheidung der drei Schiedsrichter anzurufen.

Dawes-Plan und Räumungsproblem.

Ein praktischer Vorschlag des „Temps“.

Nichts hat so viel böses Blut — und mit vollem Recht — in Deutschland erregt, wie die bereits vor Jahren von Poincaré aufgestellte Behauptung, daß die im Versailler Vertrag festgelegten Fristen für die Räumung der einzelnen Besatzungszonen noch nicht zu laufen begonnen hätten. Die rechtliche Konstruktion, auf die sich Poincaré stützte, um diese ungeheuerliche Behauptung aufzustellen, war höchst zweifelhaft. Die Natur, zumal sie sich u. a. darauf berief, daß Amerika und England sich gemeldet hätten, die Ratifizierung des in Versailles zwischen Clemenceau, Wilson und Woodrow Wilson vereinbarten Sicherheitsvertrages vorzunehmen. Deutschland sollte also wegen einer rein interalliierten Differenz bestraft werden. Aber ganz abgesehen von der juristischen Unhaltbarkeit dieser These Poincarés war die moralische Seite dieses Standpunktes geradezu ungeheuerlich. Und es ist oft genug von deutscher Seite, nicht zuletzt von der Sozialdemokratie, zum Ausdruck gebracht worden, daß ein solcher Standpunkt das deutsche Volk geradezu zur Verzweiflung und zum Revanchegedanken treiben müsse, wenn es ein Ende der fremden Besatzung im Westteil gar nicht absehen könne.

In seiner Senatsrede vor der Londoner Konferenz hatte Herriot unter anderen rhetorischen Zugeständnissen an Poincaré eine etwas zweideutige Redewendung auch bezüglich dieses Punktes gebraucht, die man dahin deuten konnte, als solidarisierte er sich mit den Erklärungen seines Vorgängers. Das war für uns um so überraschender und bedauerlicher, als wir bestimmte Gründe haben, anzunehmen, daß Herriot in diesen Besatzungsfragen ganz anders denkt als Poincaré.

Dadurch aber, daß die Frage der Räumung der Kölner (englischen) Zone am 10. Januar 1925 im Zusammenhang mit der Frage der Ruhräumung immer akuter geworden ist und offenbar auch auf der Londoner Konferenz eine Rolle spielt, ist es von großer Bedeutung, festzustellen, daß neuerdings von einflussreicher französischer Seite der Standpunkt Poincarés in seiner grausamen Starrheit glatt preisgegeben wurde und durch eine ebenso geschickte wie für Deutschland annehmbare These ersetzt worden ist. Der Außenpolitiker des „Temps“, Jean Herbet, der bereits seit Monaten, im Gegensatz zu den innerpolitischen Mitarbeitern dieses Blattes, die Auffassung der Linksparteien wirksam und mutig propagiert, erklärt in der am vorigen Sonnabend erschienenen Nummer des Blattes, die Frage sei nicht, ob die Fristen am 10. Januar 1920 zu laufen begonnen hätten, sondern ob sie in einem späteren Stadium der Entwicklung infolge von Verletzungen Deutschlands unterbrochen worden seien.

Wenn aber Deutschland im Januar 1925 die Bedingungen des Vertrages erfüllt haben werde, dann könne es sich auf den Artikel 429 sehr wohl berufen, der die Räumung der Kölner Zone verspricht. Eine Erfüllung des Versailler Vertrages erblickt aber Herbet darin, daß Deutschland die von der Entente inzwischen vorgeschlagenen Neuregelungen der Reparationsfrage annimmt und durchführt. Er sagt sogar ausdrücklich: Nimmt Deutschland das Dawes-Gutachten an und führt es dessen Bedingungen aus, dann kann es die Räumung der Kölner Zone für den 10. Januar 1925 beanspruchen.

Uns erscheint dieser Vorschlag als ein durchaus praktischer Ausweg aus der Sackgasse, in die das ganze Räumungsproblem geraten war. Selbst wenn man sich mit den juristischen Darlegungen Herbettes nicht vollständig identifiziert, so wird man nicht bestreiten können, daß der Endeffekt seines Vorschlages nicht nur den berechtigten Wünschen Deutschlands, sondern auch den Forderungen des gesunden Menschenverstandes entspricht. Da der Artikel 431 des Vertrages sogar eine frühere Räumung auch der zweiten und dritten Zone für den Fall vorsieht, daß Deutschland alle seine Verpflichtungen erfüllt, so könnte durch die beiderseitige Annahme des Sachverständigengutachtens und durch eine beiderseitige Verständigungspolitik der Alpdruck der fremden Besetzung deutschen Bodens in verhältnismäßig kurzem Zeitraum gänzlich beseitigt werden.

Paris, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Frage der militärischen Räumung der Ruhr ist am Dienstag eingehend zwischen den alliierten Ministerpräsidenten besprochen worden. Nachdem Macdonald, wie „Petit Parisien“ mitteilt, das Zugeständnis gemacht haben soll, daß die Regelung der Durchführung ausschließlich Sache der französischen und belgischen Regierung sei, haben deren Sachverständige bereits am Dienstag mit der Aufstellung eines Räumungsprogramms begonnen, das ähnlich wie der Plan für die wirtschaftliche Freigabe der besetzten Gebiete mehrere Etappen vorsieht. Seine Durchführung soll, wie das Blatt weiter mitteilt, von dem guten Willen Deutschlands in der Erfüllung gewisser Verpflichtungen abhängig gemacht werden, die in einigen Punkten noch festzulegen seien.

Nach dem „Matin“ soll von englischer Seite der Wunsch ausgesprochen worden sein, daß die militärische Räumung innerhalb von 6 Monaten beendet sei, wogegen die französischen Sachverständigen eine Frist von höchst notwendig erklärt hätten, vorausgesetzt, daß die Durchführung des Dawes-Planes sich befriedigend vollziehe. Von französischer Seite werde weiterhin versucht, die Engländer zu bestimmen, die Räumung der Kölner Zone bis zum definitiven Ende der Ruhrbesetzung hinauszuschieben. Die Diskussion habe gezeigt, daß die Belgier noch Aufgabe der produktiven Wünderausbeutung der militärischen Besetzung nur mehr nebensächliche Bedeutung beimessen. Andererseits befände sich Herriot in schwieriger Lage durch die verschiedenen Erklärungen Poincarés, wonach die Gegenwart der französischen Truppen in der Ruhr ausschließlich dem Schutze der zivilen Besatzungsbehörden diene. Immerhin könne Herriot Macdonald entgegenhalten, daß er in dieser Frage der öffentlichen Meinung in Frankreich Rechnung tragen müsse, für die die Besetzung der Ruhr eine Art Symbol sei, und daß die Haltung Deutschlands zu Vorsichtsmaßnahmen zwingt. Im übrigen aber werde er versuchen müssen, die militärische Räumung mit der Frage der Sicherheit und der alliierten Schulden zu verquiden. Wenn dies nicht gelinge, werde er sich unter Berufung auf die Vereinbarungen vom 9. Juli jeder Diskussion entziehen können.

In unterrichteten Kreisen in Paris nimmt man an, daß, wenn es gelingen sollte, über die neuen französischen Vorschläge zu einer Einigung zu gelangen, die Konferenz spätestens Mitte oder Ende der kommenden Woche mit befriedigenden Ergebnissen zu Ende gehen werde.

Abbau-Resultate.

Von Albert Orzeszinski.

Im Reich und in Preußen haben die für den Personalabbau federführenden Finanzministerien Ueberlichten erscheinen lassen, welche den Parlamenten und der Öffentlichkeit die seit langem erwünschten Aufschlüsse über den Umfang des Personalabbaues im einzelnen geben. Die preussische Zusammenstellung, die bisher nur den Mitgliedern des Personalabbausausschusses des Landtages zugänglich ist, enthält nur erst eine vorläufige Uebersicht nach dem Stande vom 1. Mai 1924. Richter, Strafanstaltsverwaltung, höheres Schulwesen, Chariteen, Universitäten, Museen, die Körperschaften des öffentlichen Rechts und die Kommunalverwaltungen sind noch unberücksichtigt geblieben. Vollständiger, fast abgeschlossen ist dagegen die Zusammenstellung, die der Reichsfinanzminister über den Personalabbau des Reiches in einer 56 Seiten starken Denkschrift dem Reichstag vorlegt, wobei er betont, daß mit dem bisher erzielten Ergebnis der Abbau auf Grund der Personalabbauperordnung im großen ganzen als durchgeführt bezeichnet werden kann, nur in einzelnen Verwaltungen, z. B. der Steuerverwaltung, werde noch ein weiterer Abbau erfolgen müssen.

Ueber die Durchführung des Personalabbaues ist seit Bestehen der Reichsverordnung vom 27. Oktober 1923 Klage geführt worden, so daß sich die Reichsregierung veranlaßt gesehen hat, durch die Ergänzungsverordnung vom 28. Januar 1924 einige Härten zu beseitigen. Viel ist damit nicht erreicht worden, auch in Preußen nicht, das sich bei Schaffung seiner Verordnung vom 8. Februar 1924 die im Reich bereits vorliegenden Erfahrungen hat zu Nutzen machen können. Die Klagen über die Anwendung sind geblieben und sind ganz allgemein, wie die verschiedenen Abänderungs- und Aufhebungsanträge zu den Verordnungen im Reichstag und Landtag beweisen.

Der Personalabbau geht aus von dem Personalbestand am 1. Oktober 1923. Ausschließlich der Wartegeldempfänger sowie der kommissarisch beschäftigten Landes- und Gemeindebeamten waren zu diesem Termin im Reichsdienst — in den Hohheitsverwaltungen und Betriebsverwaltungen (Reichsbahn, Reichspost- und Telegraphenverwaltung, Reichsdruckerei) — 825 955 Beamte, 60 747 Angestellte und 705 512 Arbeiter, insgesamt 1 592 214 Personen beschäftigt. Bis zum 31. März 1924 sind davon 398 858 gleich 24,9 Proz. abgebaut, was fast der Quote entspricht, die als Mindestquote in der Personalabbauperordnung festgesetzt ist. Von den abgebauten Personen waren 134 507 = 16,3 Proz. Beamte, 30 217 = 49,7 Proz. Angestellte und 232 134 = 32,9 Proz. Arbeiter.

Nach erfolgtem Abbau am 1. April 1924 betrug der Personalbestand der Reichsverwaltung in den:

	Beamte	Angestellte	Arbeiter
Hohheitsverwaltungen	98 068	27 881	37 428
Betriebsverwaltungen	592 679	3 932	436 497
insgesamt	690 747	31 813	473 925

Wie diese Zahlen zeigen, ist der Abbau und demzufolge die durch ihn erzielte Ersparnis hauptsächlich auf Kosten der Angestellten und Arbeiter und erst zu allerletzt auf Kosten der Beamtenschaft erfolgt. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Fast die Hälfte aller Angestellten und nahezu ein Drittel der Arbeiter sind gegenüber noch nicht $\frac{1}{3}$ der Beamten in einem halben Jahr zur Entlassung gekommen, ungerchnet die vielen Zehntausende, die vorher bereits mit Auflösung der Kriegs- und Nachkriegsorganisationen abgebaut worden sind.

Der Abbau war in den einzelnen Verwaltungen nicht gleichmäßig. In den Hohheitsverwaltungen sind nur 7207 = 6,8 Proz. Beamte abgebaut worden gegen 24 370 = 47,4 Proz. Angestellte und 13 411 = 26,8 Proz. Arbeiter. Auch innerhalb der einzelnen Reichsministerien war das Abbauverhältnis verschieden.

So wurden z. B. im Bereich des Reichsministeriums des Innern abgebaut 16,4 Proz. Beamte, 54,9 Proz. Angestellte, 23,2 Proz. Arbeiter, Reichswirtschaftsministerium 23,8 Proz. Beamte, 62,3 Proz. Angestellte, 48,7 Proz. Arbeiter, Reichsarbeitsministerium 13,4 Proz. Beamte, 88,6 Proz. Angestellte, 53,1 Proz. Arbeiter. Die große Anzahl der zur Entlassung gekommenen Angestellten im Reichsarbeitsministerium dürfte auf den Abbau in diesem Ministerium unterstehenden Versorgungsämtern zurückzuführen sein. Die dort beschäftigten und meist ins Beamtenverhältnis überführten Offiziere der alten Armee sind geblieben!

In den Betriebsverwaltungen des Reiches sind die Entlassungen am rücksichtslosesten durchgeführt worden; aber auch hier sind in erster Linie Angestellte und Arbeiter die Beltragenden. Bis 31. März 1924 sind hier 127 300 Beamte = 17,6 Proz., 5847 = 62,5 Proz. Angestellte und 218 723 = 33,3 Proz. Arbeiter zur Entlassung gekommen.

Mit den Personal- und Abbauverhältnissen im Reich sind die in Preußen in keiner Weise zu vergleichen. Allenfalls ist ein Vergleich mit den Reichshohheitsverwaltungen angängig, da Preußen außer der Porzellanmanufaktur, der Münze und dem „Reichsanzeiger“ Betriebsverwaltungen nicht mehr hat. Die preussischen Bergwerke sind inzwischen in Aktiengesellschaften umgewandelt worden. Aber auch der Vergleich mit den Hohheitsverwaltungen des Reiches ist nur bedingt zulässig. Im Gegensatz zum Reich, das durch die Kriegsbeschaffungs- und Ernährungswirtschaft viele neue Behörden hat aufziehen, alte umstellen und unzählige neue Personen hat einstellen müssen, ist die preussische Verwaltung während der Kriegs- und Nach-

frecher Weise einen bekannten Sozialdemokraten des Landeserrats beschuldigte, und, nach seinen Gründen befragt, feige kniff. Der „Nationalverband deutscher Offiziere“, die völkische Organisation Ludendorffs, hat kein Wort des Tadelns für solche Ahlmannen. Aber er veröffentlicht eine Erklärung gegen Lübring, dessen Zwischenruf die Ahlmannen scharf charakterisierte. Das ist das „besondere Ehrgefühl“ dieser Art Offiziere!

Schwarz-Rot-Gold.

Zeigt die Fahne der Republik.

Die monarchistischen Parteien und die Kampfverbände gegen die Republik haben ihre Kräfte konzentriert gegen die neue Staatsform geordnet. Dem Symbol der Republik, der schwarzrotgoldenen Fahne, haben sie ihre eigenen Embleme gegenübergestellt. Ihr Feldgeschrei ist Schwarzweißrot gegen Schwarzrotgold.

Mit der Verunglimpfung der republikanischen Fahne wollen sie die Achtung vor der Republik untergraben. Es sah zeitweilig so aus, als ob sie damit wirklichen Erfolg hätten. Diese Gefahr rüttelte viele, die dahin Gleichgültige, auf sich um die Republik zu scharen. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das daraus entstanden ist, zählt heute schon mehr als eine Million Mitglieder. Eine Riesenzahl. Sie wächst Tag um Tag in raschen Fortschritten. Die Wehrmannschaft der Republik gegen reaktionäre Zerstörungspläne sammelt sich.

Aber ist dies alles? Genügt das?

Rein! Nun heraus mit den Fahnen der Republik. Rein allgemeiner politischer Feiertag, ohne daß von Türmen und aus Fenstern, von Staatsgebäuden und aus Wohnhäusern und über den Schrebergärten ein Farbenmeer von Schwarzrotgold wogt.

Das kleine Opfer für die freie Republik, ihre Farben für die Feiertage bereitzustellen, darf keiner scheuen. Wer keine große Fahne kaufen kann, erwirbt für seine paar Groschen schwarzes, rotes und goldgelbes Fahnentuch und näht es zusammen. Und dann stolz heraus damit, zeigt die Farben überall! Erstreckt damit die Schwarzweißrot und die paar Hakenkreuzfahnen! Demonstriert auf diese Weise eure Gefühle für die Republik!

Am 3. August ist der offizielle Gedenktag der Toten des Weltkrieges. Die öffentlichen Gebäude haben an diesem Tage gespaßt. Ohne Zweifel werden die Reaktionen gerade an diesem Tage ihre Protest- und Kampfparaden gegen die Republik zeigen. Sorgt dafür, daß dann die schwarzrotgoldenen Farben überall die Straßen und Häuserfronten beherrschen.

Am 11. August ist Verfassungstag. An diesem Tag müssen aus jeder Wohnung freiheitsliebender und republikanischer Menschen unsere schwarzrotgoldenen Farben wehen. Den Verächtern der Republik muß gezeigt werden, daß die Masse des Volkes nicht mehr mit sich spöken läßt. Sie müssen ihre hoffnungslose Schwäche an diesem Tage aus der Fülle schwarzrotgoldener Banner ablesen können. Sie müssen ihre reaktionären Hoffnungen zerfließen sehen.

Darum heraus mit Schwarz-rot-gold!

Grüners Nachfolger.

Düsseldorf, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Man nimmt an, daß Regierungspräsident Bergemann aus Werleburg in etwa 14 Tagen die Führung der Geschäfte der Düsseldorfer Regierung wieder übernehmen können. Er wird sein Amt antreten, sobald die Genehmigung der Befehlshaberbehörde vorliegt. Der aus Düsseldorf ausgewiesene Regierungspräsident Dr. Grüner übernimmt die Vertretung Bergemanns in Werleburg.

Der zerfallende Faschismus.

Rom, 30. Juli. (E.P.) Der seit Sonntag in Rom togende Kongress des italienischen Kriegsteilnehmerverbandes hat sich nach lebhafter Diskussion über die Stellungnahme zum Faschismus und zur Regierung fast einstimmig für die Selbstständigkeit und Handlungsfreiheit des Verbandes und für die Unterstützung der Regierung unter der Bedingung ausgesprochen, daß Ungeheuerlichkeiten verhindert werden. Die zahlreichen Faschisten stimmten ebenfalls für die in diesem Sinne gefasste Tagesordnung, die die restliche Wiederherstellung der Gesetzmäßigkeit ohne Rücksicht auf die Partei und eine klare Trennung zwischen Regierung und Partei verlangt. Mussolini wurde unterstützt, sofern er dem Bunde die Eintracht sicherte. Das Vorstandsmitglied Sanelli erklärte über die Matteotti-Affäre, diese habe mit Recht die moralische Auflehnung des Volkes hervorgerufen, der Mussolini arbeitsfähig zugestimmt habe. Wenn er nicht mehr dieser Ansicht sei, müsse man ihn sagen: Wenn du der Stimme der schlechtesten unter deinen Anhängern folgst, sind wir nicht mehr für, sondern gegen dich.

Rom, 30. Juli. (E.P.) Das Komitee für die Verteidigung der Presse erhob mit Zustimmung zahlreicher Zeitungen verschiedener politischer Richtungen ganz Italiens energischen Protest gegen die Gesetzwidrigkeiten der Behörden. Es beschloß, für die verfassungsmäßige Freiheit zu kämpfen und lud alle Zeitungen ein, einen Vertreter für das Komitee zu ernennen. — Wie verlautet, ist ein besonderes Komitee an der Arbeit, sämtliche Pressebestimmungen zu sammeln und als Gesetzentwurf dem Parlament zu unterbreiten.

Feste Tendenz der Börse.

Die Berliner Börse verkehrte heute bei ruhigem Geschäft wieder in fester Haltung. Der Optimismus der amerikanischen Delegierten auf der Londoner Konferenz wird naturgemäß in hiesigen Finanzkreisen viel beachtet, obwohl man sich darüber klar ist, daß beim Erscheinen der deutschen Vertreter in den Verhandlungen keine Schwierigkeiten entstehen können, da offenbar die Reichsregierung doch nicht gewillt ist, sich lediglich zur Unterschrift nach London kommandieren zu lassen. Mit Befriedigung nahm die Börse von der Beilegung des deutsch-russischen Konflikt-Kennnis, da sich nahezu drei Monaten Geschäftsabschlüsse mit Rußland unmöglich waren. Auch das Zustandekommen amerikanischer Kredite für den deutschen Zuckereggart, dem übrigens, wie heute an der Börse verlautet, noch weitere folgen sollen, machte einen guten Eindruck. Mit Beifall verfolgt man allerdings die Entwicklung in der Industrie. Die Darstellung, die in der Generalversammlung des Böhmischen wurde, wird allgemein als zureichend anerkannt. Sie gibt allerdings ein sehr trübes Bild von der Lage der westdeutschen Industrie. Obwohl die Gesamtentwicklung der Börse fest blieb, hält man es doch nicht für geraten, jetzt schon Engagements in größerem Umfang einzugehen. Die Spekulation beschränkt sich mehr auf Spezialwerte. So waren heute Petroleumaktien sehr fest. Deutsch-Erdöl 31%, Deutsch-Petroleum 13%, hier finden offenbar Käufe von Großindustriellen statt. Ferner waren sehr gesucht Hochbahnaktien, von denen Berliner mit 44% und Hamburger mit 18 gehandelt wurden. Am Anleihemarkt ist das Geschäft stiller geworden.

Baden verboten!

Obgleich sich der Freibadgedanke seit Jahren durchgerungen hat, gibt es an den Gewässern in der Umgebung Berlins immer noch Baderverbote, die oft wohl keinen anderen Grund haben, als die alte Abneigung irgendeiner für Verbote zuständigen Stelle gegen das Freibaden. Die Polizeibehörde, in deren Gebiet die Krumme Bente im Brunwald liegt, läßt es sich viel kosten, um das Baden in diesem See außerhalb der Badeanstalt mit größter Strenge zu verhindern. In regelmäßigen Zeitabständen umkreist Tag für Tag zwei Grüne den See, um Übertretungen des Baderverbots zu hindern oder beim Baden Entappte zur Anzeige zu bringen. Da keine Tafel am Ufer kündigt, daß das Baden verboten ist, so geht man ahnungslos ins Wasser und kommt gar nicht auf den Gedanken, daß man sich dadurch der Übertretung eines Verbots schuldig gemacht hat. Erst das Auftreten der Beamten bringt den Freoler zum Bewußtsein seiner Schuld. In der Regel folgt dann eine Auseinandersetzung zwischen dem Badenden, der sich auf sein vermeintliches Recht, und dem Beamten, der sich auf seine Pflicht beruft. Manchmal kommt der aus den Fluten Berlebene mit dem Kerger davon, manchmal aber folgt dem widerwillig beendeten Bade eine Anzeige und ein Strafmandat. Immer sind solche Vorkommnisse für beide Teile nichts weniger als angenehm.

Die Krumme Bente soll für Nichtschwimmer ein gefährliches Gewässer sein. Wenn das der Grund des Baderverbots ist, so kann man es gelten lassen, wenn auch Verbote und Zwangsmassnahmen keine geeigneten Mittel zur Abwendung von Gefahren sind. Die umständlichen, Zeit und Geld kostenden Polizeifreien um die Krumme Bente können keinen Unglücksfall verhindern. Wie man an gefährlichen Gewässern das badeunlustige Publikum vor Lebensgefahr schützt, dafür hat die Polizeiverwaltung von Strausberg und Alt-Landsberg ein nachahmenswertes Beispiel gegeben. Sie hat am Ufer des Böhlers Warnungstafeln mit folgender Inschrift aufgestellt:

„Baden gefährlich, da der Seegrund unweit des Ufers plötzlich steil abfällt. Ertrunken 1922: 8 Personen, bis 15. 7. 1923: 4 Personen. Polizeiverwaltung Strausberg und Alt-Landsberg.“

Dort braucht keine Polizei den See zu umkreisen und Jagd auf Badende zu machen. Der Hinweis auf die Gefahr und auf die Unglücksfälle genügt vollkommen, um jeden, der sich nicht als fähiger Schwimmer weiß, vom Baden und damit von der Gefahr abzuhalten. Man folge dem Beispiel von Strausberg und Alt-Landsberg dort, wo den Badenden Gefahr droht. Wo das Baden ungefährlich ist, da verbietet man es nicht, sondern lasse die Badenden unbehelligt und verwende die Polizeibeamten zu notwendigeren Arbeiten als zur Jagd auf Badende.

Der neue Volkspart Jungfernheide.

Eine Stätte der Volksgeselligkeit und Volksunterhaltung.

Die Stadt Charlottenburg hat in ihrer sozialpolitischen Fürsorge im Jahre 1904 das etwa 1000 Morgen große Grundstück in der Jungfernheide vom Fiskus erworben und einen Volkspart allerersten Ranges geschaffen. Er bildet heute das Ziel vieler Tausender Menschen, die dort eine Erholungsstätte der besten Art finden.

Das große Gelände, das nach Plänen des Gartendirektors Edwin Barth aus seinem Urzustand in einen modernen und mit Anlagen aller Art ausgestatteten Park umgewandelt ist, gibt für die körperliche und moralische Gesundheit weitest. Volkstreife tummeln die best. Gelegenheiten, dort auszurufen und neue Kräfte für das Arbeitsleben zu sammeln. Im Jahre 1920 haben die Arbeiten mit der Umgestaltung der Jungfernheide begonnen, und nun präsentiert sich dieses schöne Stück märkischer Erde im neuen Gewande. Unter vollständiger Führung des Waldschroters ziehen sich breite Wege und zahlreiche Fußwege in zwangloser Form durch das Laubwaldgelände mit seinen etwa 150jährigen Fichten, Eichen, Rot- und Weißbuchen und Kiefern. Ruhige, schattige und sonnige Spaziergänge mit Erholungsplätzen und Ruhebänken finden die Besucher in ausreichender Zahl. Der künstlich geschaffene, etwa 75 Hektar große See mit seiner Badeanstalt wird von Wasserfreunden und Schwimmern freudig begrüßt und sehr zahlreich besucht. Ruderboote bieten zur Ausübung dieses Sportes Gelegenheit. Desfist des Sees sind Kindererholungsstätten zur Aufnahme von 800 Kindern mit Unterrichts- und Verpflegungsräumen. Gegenwärtig sind 1500 Charlottenburger Kinder eingezogen und verleben dort ihre Ferienzeit. Weiter östlich dehnen sich weite Spielwiesen aus, die besonders Jugendvereinen Gelegenheit zu Spiel, Volkstänzen und sonstiger Unterhaltung bieten. Umweil davon erhebt sich das soeben fertiggestellte Gartentheater, das in seiner Anlage und wunderbaren Umgebung einen besonderen Reiz des Volksparkes darstellt. Mitten im Waldesgrün, eingefaßt von hochstämmigen Laubbäumen und Hecken, erhebt sich der Kunsttempel, der 2500 Plätze bietet und in dem Volksoperette, Gesangs- und Konzertaufführungen stattfinden sollen. Ein großes Restaurant am See und verschiedene kleinere Auskuchthäuschen sorgen für die leibliche Bedürfnisse des Publikums.

Für die weitesten Kreise Groß-Berlins ist die Jungfernheide eine gern besuchte Erholungsstätte. Sie soll auch eine Stätte edler Volksgeselligkeit und gesunder Volksunterhaltung werden. Das Bezirksamt Charlottenburg veranstaltet am Sonntag, den 24. August, ein großes Volks- und Kinderfest, das durch Konzert, Gesang, Rezitationen, turnerische Vorführungen, Fußballkämpfe, Schwimmvorführungen, Kaspertheater, Feuerwerk und Fackelzug reichhaltig werden soll.

Wie er seine Frau töten wollte.

Wegen versuchten Gattenmordes wurde gestern der 33jährige Badergehilfe Gustav Schulz aus der Rennbahnstr. 21 zu Weisfenlee festgenommen. Schulz lebte mit seiner Frau schon längere Zeit in Zwist. Vorgestern abend befehlte er, ohne daß die Frau es merkte, an der Gaslampe einen Schlauch und nahm diesen mit in das Bett. Als dann die Frau schlief und tief atmete, legte er ihr den Schlauch vor den Mund und unter die Nase und öffnete den Gashahn. Die Frau erwachte unter heftigem Erbrechen und begab sich ans Fenster, um es zu öffnen. Als Schulz das nicht duldet, weil es ziehe, ging sie nach der Küche und brachte dort den Rest der Nacht zu. Nachdem ihr Mann zur Arbeit gegangen war, begab sie sich zur Kriminalpolizei und machte Anzeige. Schulz wurde daraufhin auf seiner Arbeitsstelle in Heinersdorf verhaftet.

Voger-Berita neueste Prügelei.

Voger-Berita, die „arme, schwache Frau“, die kürzlich wegen Beleidigung von Kriminalbeamten zu 1 Monat Gefängnis verurteilt wurde, wird sich bald wieder einmal vor dem Strafgericht zu verantworten haben. Weil ihr die Untersuchungshaft in vollem Umfang angedreht wurde, so galt der Monat als verbüßt, und sie erfreute sich nach wie vor der Freiheit. Am Sonnabendabend hielt sie sich wie immer wieder in der Gegend des Anhalter Bahnhofes auf, geriet in eine Schankwirtschaft mit einem Manne in Streit und prügelte sich mit ihm auf der Straße. Ein Kriminalbeamter, der vorüberging, kümmerte sich darum nicht, ein Beamter der Schutzpolizei jedoch brachte die Streitenden auseinander und nach der Wache. Während des Verhörs dort erschien auch der Kriminalbeamte, Voger-Berita erkannte ihn wieder, beschimpfte ihn und stürzte sich auf ihn, kaum daß sie ihn gefassen hatte. Nur mit Mühe konnte die „arme, schwache Frau“ gebändigt und in die Zelle gebracht werden, wo sie eine Zeitlang noch weiner tobte. Gestern wurde sie der Kriminalpolizei vorgeführt. Vorsichtshalber siehe man

sie in die Ecke eines Zimmers und stellte einen großen Tisch vor sie. Das Ergebnis war, daß sie wegen Beleidigung und tätlichen Angriffs auf einen Kriminalbeamten dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde.

Nächtlicher Dachstuhlbrand in Moabit.

Der Ruf „Großfeuer“ alarmierte in der letzten Nacht mehrere Wochen nach der Sickingenstraße 41, nahe dem Neuen Ufer am Verbindungslanal. Dort stand gegen 3 Uhr der Dachstuhl eines vierstöckigen Mietshauses in Flammen. Kurz hintereinander wurde die Feuerwehr nicht weniger als fünfmal von verschiedenen Feuermeldern alarmiert. Die Röhre gestaltete sich wegen der Verqualmung und der großen Hitze, verbunden mit Einsturzgefahr, sehr schwierig. Branddirektor Glauz ließ deshalb gleich mit mehreren Schlauchleitungen von Motorspritzen unausgeseht kräftig Wasser geben. Dadurch gelang es, den Brand einzudämmen und schließlich auf den Dachstuhl, der nicht mehr zu retten war, zu beschränken. Der Schaden ist ganz erheblich und trifft die zahlreichen Mieter besonders hart, von denen einige nicht versichert und andere verzeilt sind. Die Entfieberung konnte noch nicht aufgefährt werden, Brandstiftung erscheint nicht ausgeschlossen. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Ein weiteres Opfer Haarmann.

Aus Barmen kommt die Meldung, daß ein im März d. J. verschwundener 17-jähriger gleichfalls dem Massenmörder Haarmann zum Opfer gefallen ist. Im März verließ der junge Mann die Wohnung seiner Eltern, um auswärts Arbeit zu suchen. Nach acht Tagen bekam ein Bekannter von ihm als letztes Lebenszeichen eine auf dem Bahnhof in Hannover geschriebene Karte. Jetzt ist bei dem Mörder Haarmann ein Strumpf, gezeichnet mit H. K. den Anfangsbuchstaben des Ruf- und Familiennamens des Vermissten, gefunden worden. Die Eltern haben sofort Schritte getan, um Gewißheit über das Schicksal ihres Sohnes zu bekommen.

Der Seebienst Pillau-Swinemünde.

Im Interesse einer besseren und schnelleren Verbindung für die Reisenden aus dem Osten mit dem Reich trat für die Dauer des Sommerfahrplanes mit sofortiger Geltung folgender Fahrplan auf der Strecke Königsberg (Preußen) nach Berlin über den Seeweg Pillau-Danzig (Pozpott) Swinemünde in Kraft: Königsberg Ostbahnhof ab 7,10 vormittags, Königsberg Vicentbahnhof ab 7,20 vormittags, Pillau - Hafen ab 8,24 vormittags, Pillau-Hafen ab 8,45 vormittags (mit Dampfer „Odin“ der Reederei Bräunlich in Estetin), Pozpott an 12,45 nachmittags, Pozpott ab 1,00 nachmittags, Swinemünde - Hafen an 5,20 (früh am nächsten Tag), Swinemünde-Hafen ab 6,00 vormittags, Swinemünde Hauptbahnhof an 6,34 vormittags, Swinemünde Hauptbahnhof ab 6,40 vormittags, Steint über Basewalk an 9,13 vormittags, Berlin Södtlicher Bahnhof an 10,18 vormittags. Hierdurch wird einem wiesischen Wunsch der über den Seeweg von Pillau und Danzig kommenden Reisenden Rechnung getragen. Es werden in Basewalk die frühmorgens Richtung Rostock, Lübeck und Hamburg, sowie nach Estetin und durch die frühere Ankunft um 10,18 Uhr in Berlin (bisher 3,36 Uhr nachmittags) die Anschlüsse an die abgehenden Mittagszüge erreicht. Die Gesamtfahrtzeit von Königsberg (Preußen) nach Berlin wird durch diese Einführung um etwa 3½ Stunden verkürzt. — In der Gegenrichtung Berlin-Swinemünde-Pillau-Danzig (Pozpott)-Königsberg bleibt der bisherige Fahrplan bestehen.

Flugzeugkatastrophen.

Aus Simla (Himalajagebiet) wird gemeldet, daß vier britische Flugzeuge an verschiedenen Orten in dichtem Nebel abgestürzt sind, nachdem sie bei militärischen Unternehmungen gegen die Eingeborenen jüdisch von Kamraf Bomben abgeworfen hatten. Bei der ersten Maschine wurde der Pilot gefangen und sein Begleiter getötet, desgleichen bei der zweiten Maschine. Die dritte fiel in die Hände der Wastis; wie man glaubt, ist die Besatzung einschließlich des Stoffleiters verwundet. Die Mannschaft der vierten Maschine ist unverwundet. Die beiden anderen Flugzeuge dieser Staffel erreichten wieder den Flugplatz. — Am Dienstag nachmittag stürzte in Dijon der Flieger Boisin aus einer Höhe von 1050 Metern mit brennendem Flugzeug ab. Der Flieger ist vollkommen verbrannt.

Bei den Bergungsarbeiten auf der Jech IV in Hamborn wurde gestern die Leiche eines weiteren Opfers gefunden. Es ist dies also das siebente Opfer, welches das Unglück gefordert hat. Die Leiche ist als die des verheirateten Bauers Karl Hopfe aus Hamborn identifiziert worden. Gestern wurde eine Besichtigung und Untersuchung der Unfallstelle durch einen Ausschuss der Bergwerksbehörde und durch die Staatsanwaltschaft vorgenommen. Die Leichen der verunglückten werden voraussichtlich Donnerstag in einem gemeinsamen Grabe bestattet werden.

Unfall des Schnellzuges Lyon-Paris. Gestern abend stieß der Schnellzug Lyon-Paris in der Nähe der Stadt Chagny auf eine Rangierlokomotive auf. Etwa 20 Reisende wurden verletzt.

Hungersnot und Ueberschwemmungen in Indien. Nach einer Meldung aus Madras herrscht in Nordmadras infolge der anhaltenden Dürre der letzten Zeit unter der Bevölkerung eine verhängnisvolle Hungersnot, während in dem südwestlichen Teil der Provinz und in den Eingeborenen-Staaten durch anhaltende Vollenbrüche eine riesige Ueberschwemmung hervorgerufen worden ist. 146 englische Meilen Schienenweg sind von den Fluten weggespült worden.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin S.W. 68, Unter den Eichen 7, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

- 73. Abt. Wilmersdorf. Die Vorstandsmitglieder und Delegierten der Abteilung treffen sich heute, Mittwoch, eine halbe Stunde vor Beginn der Kreisdelegiertenversammlung im Viktorlogaten, Wilhelmshof.
- 121. Abt. Karlsruher. Donnerstag, 31. Juli, Ausflug der Genossinnen nach Weisfenlee. Treffpunkt: 1 Uhr Bahnhof Karlsruher Roselocher Ufer.
- 122a. Abt. Kaulsdorf-Süd. Heute, Mittwoch, 30. Juli, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Sankt Pauli, Kaulsdorf-Süd.

Storbefehl der Groß-Berliner Partei-Organisation

33. Abt. Genosse Max Rette ist plötzlich verstorben. Beerdigung morgen, Donnerstag, 3 Uhr nachmittags, Friedhof Torganger Straße. Um rege Beteiligung bitten der Vorstand.

Sport.

Wiederbeginn der Radrennen in Berlin.

Wie wir erfahren, hat sich auch die Olympiabahn-Bögensee vom Verband Deutscher Radrennbahnen losgesagt und den Beitritt zum DRR erklärt. Schon am kommenden Sonntag, 3½ Uhr, finden auf der Olympia-Radrennbahn die ersten großen Radrennen wieder statt. Das Hauptrennen beteiligt sich 20 Kilometer. In diesem Rennen treten 6 gute Dauerfahrer, u. a. Lewanow, Bauer, Didentman, Bordon, Schubert (Breslau), Sturm (München) in 5 Towerrennen à 20 Kilometer zum Start an. Diese kurzen Rennen werden also ganz besonders schwere Kämpfe und interessante Momente bieten. Außerdem finden große Fliegerrennen, worüber wir noch berichten, statt. Die Direktion teilt mit, daß die Eintrittspreise infolge der vollständigen mit den Fahrern um die Hälfte ermäßigt werden, und zwar von 1,25 Goldmark an aufwärts.

Gewerkschaftsbewegung

Die Straßenbahn und ihre Angestellten.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns geschrieben:

Als im August v. J. die Frage der Stilllegung der Straßenbahn im Mittelpunkt der Erörterungen zwischen dem Magistrat und den beteiligten Verbänden stand — angeblich sollte durch die Parole „Stilllegung“ überhaupt nur ein „Druck auf die Regierung“ ausgeübt werden — galt es als selbstverständlich, daß bei Wiedereröffnung des Betriebes das bisher beschäftigte Personal wieder eingestellt würde. Entsprechende Erklärungen wurden bei den Verhandlungen von den Vertretern des Magistrats, darunter auch dem Oberbürgermeister, abgegeben.

Die Stilllegung erfolgte. Bei der Wiedereröffnung blieben etwa 9000 Arbeiter und Angestellte auf dem Pflaster. Knapp 3000 wurden wieder eingestellt. Bei der Einstellung verfuhr die Leitung der inzwischen neu geschaffenen G. m. b. H. so, daß in erster Linie alte ehemalige Verbandsfunktionäre und Betriebsräte auf der Strecke blieben. Direktion und Bahnhofsvorsteher weitestgehend im Betriebe, alle diese „militärischen“ Elemente dem Betriebe fernzubehalten. Ohne Rücksicht auf Brauchbarkeit und Dienstalter wurde gesagt, die ältesten Leute dem Magistrat zur evtl. Pensionierung überwiesen.

Fast ein Jahr ist seitdem verstrichen. Die Straßenbahn ist inzwischen wieder eines der rentabelsten Unternehmen geworden. Nicht durch die Intelligenz der Leitung. Die Stabilisierung und damit die Eindämmung der Konkurrenz der übrigen Groß-Berliner Verkehrsunternehmen, Stadt- und Ringbahn, Hoch- und Untergrundbahn usw., sind die wesentlichen Ursachen ihrer günstigen Lage. Nebenbei spielt die Position der Löhne, die früher 50 Proz. der Gesamtausgaben ausmachten, infolge der Weigerung der Direktion, entsprechende Löhne zu zahlen, nur eine untergeordnete Rolle. Alle sozialen Einrichtungen, Erholungsurlaub, Krankengeldzuschuß, Pensionskasse und so fort, sind verschwendet. 12000 und mehr Arbeiter und Angestellte haben Jahr um Jahr, 25, 30 Jahre und darüber, Beiträge an die Pensionskasse geleistet; die Inflation und die Stilllegung haben die Leute um die Aussicht auf Ruhegeld und um ihre Existenz gebracht.

Inzwischen ist die Straßenbahn wieder aufgebaut worden. Nach und nach sind etwa 6000 Neueinstellungen erfolgt. Nach den Zusagen der Magistratsvertreter hätte man erwarten müssen, daß in erster Linie bei den Neueinstellungen die ehemaligen Angestellten berücksichtigt wurden. Für die neue G. m. b. H. gelten jedoch anscheinend nicht die Zusicherungen des Magistrats. Die Befehle des Aufsichtsrats durch Vertreter des Magistrats und der Stadterordnetenversammlung ist anscheinend eine leere Dekoration. Die Direktion kümmert sich um die Zusagen des Magistrats nicht. Von den etwa 6000 Neueinstellungen sind kaum 2000 von den alten ehemaligen Straßenbahnern eingestellt worden; der Rest sind vollständig neue Leute. Die Direktion hat Bedacht darauf genommen, in erster Linie nur junge Leute einzustellen. Wir sehen deshalb auf der Straßenbahn, vorwiegend bei den Schaffnern, nur junge Gesichter. Die Direktion hat damit zwei Fälschungen mit einer Klappe geschlagen: 1. entledigte sie sich aller Verpflichtungen gegenüber ihrem alten Personal, und 2. glaubte sie damit die Organisation der Arbeitnehmer vollständig zu zertrümmern.

Tief traurig ist die Lage der vielen alten Straßenbahner, die 20, 25 und 30 Jahre im Unternehmen beschäftigt waren, arbeitslos wurden und denen von der Direktion vielfach gesagt wird, daß sie für den Dienst nicht mehr kräftig genug seien. Kommen sie zum Magistrat, um ihre Pensionierung nachzusuchen, so wird vielfach festgestellt, daß sie im Sinne des Invaliden- wie auch des Kleinbahn-Gesetzes nicht arbeitsunfähig sind.

Was soll mit diesen Leuten geschehen? Wo bleiben die Zusagen der städtischen Körperschaften? Rücksichtslos als ein Privatunternehmer macht die Direktion von ihren Nachmitteln Gebrauch. Was sagt hierzu der Aufsichtsrat? Wie steht es um den Einfluß des Vorsitzenden des Aufsichtsrates, des Stadtrats Schünning? Es erscheint notwendig, daß sich der Magistrat und die Stadterordnetenversammlung, vor allem aber der Aufsichtsrat, mit diesen Dingen befaßt. Wer nicht pensionsfähig ist, muß wieder eingestellt werden!

Soweit die Zuschrift. Die Richtigkeit der Angaben vorausgesetzt — und wir haben alle Ursache, den Inhalt der Zuschrift

für richtig zu halten —, sind die kritisierten Mißstände der Hauptstadt des Deutschen Reichs unwürdig. Die Straßenbahn hat gewiß große Ausgaben, um ihr veraltetes Material zu erneuern. Es geht aber nicht an, daß dies ausschließlich auf Kosten des Personals geschieht. Was insbesondere die Weigerung anbetrifft, die alten Straßenbahner wieder einzustellen, während man gleichzeitig sich weigert, sie zu pensionieren, so ist das ein Zustand, den man nur als Skandal bezeichnen kann. Bezüglich der Maßregelung der Funktionäre wäre zu erwägen, ob dagegen nicht der Rechtsweg zu beschreiten ist. Wenn man in technischen Fragen, wie in einzelnen Personalfragen, der Direktion auch einen weiten Spielraum zubilligen muß, so hat doch der Magistrat als Vertreter der Stadt die verdamnte Pflicht, darüber zu wachen, daß die allgemeinen Richtlinien der Personalpolitik in Uebereinstimmung stehen mit den sozialen Grundgesetzen, denen keine moderne Gemeinschaft, am allerwenigsten Berlin, sich entziehen kann.

Was den Kriegsbeschädigten zusteht.

Der Zigarettenfabrik Menest wurden von der Hauptfürsorgestelle vor Jahresfrist zwei Kriegsbeschädigte (Blinde) zur Arbeit überwiesen. Sie wurden vom Direktor eingestellt mit der Zusicherung, sie sollten nicht als Schwerbeschädigte ausgenutzt werden, was ihnen zustehe, das würden sie bekommen.

Im Vertrauen auf diese Zusicherung fragten die Kriegsbeschädigten nicht nach dem Lohn. Sie wurden mit Tabakzupfern beschäftigt und bekamen einen Wochenlohn von 15 M. In dem Glauben, das sei der Lohn, der ihnen zustehe, waren sie damit zufrieden und verrichteten ihre Arbeit, so gut es ihnen möglich war. Im März dieses Jahres traten die Blinden mit dem Ersuchen an die Firma heran, ihnen den Lohn zu erhöhen. Um dieselbe Zeit war in der Tabakzupfererei, wo sonst nur Arbeiterinnen beschäftigt werden, Akkordarbeit eingeführt. Man sagte den Blinden, sie könnten ja auch in Akkord arbeiten, dann hätten sie Gelegenheit, mehr zu verdienen. Die Blinden gingen darauf ein. Aber man vertraute ihnen nur die minderwertigen Tabaksorten, bei denen wenig zu verdienen war, zur Verarbeitung an, und so erzielten sie einen Wochenverdienst von 13 M. Als sich die Blinden nun bei ihren Kollegen nach den Lohnverhältnissen erkundigten, erfuhren sie, daß ihnen der Tariflohn für männliche Tabakarbeiter zustehe, nämlich 26 M. für die Woche. Da sich die Firma weigerte, diesen Lohn zu zahlen, klagten die Blinden beim Gewerbegericht auf Gewährung dieses Lohnsatzes und Nachzahlung der Differenz.

Die klagende Firma berief sich darauf, daß der Tariflohn für Tabakzupferinnen 15 M. betrage, daß der Lohn keine Position für männliche Tabakzupfer enthalte, den Klägern stehe nur der für das Tabakzupfern festgesetzte Lohn zu. Sie könnten auch deshalb keinen höheren Lohn beanspruchen, weil ihre Leistungen weit hinter denen der Supersinnen zurückblieben.

Von dem Beistand der Kläger wurde dagegen eingewendet, es sei selbstverständlich, daß Schwerbeschädigte nicht soviel leisten können wie gesunde Arbeiter, das sei aber noch den für Schwerbeschädigte geltenden Bestimmungen kein Grund, ihnen einen geringeren Lohn zu zahlen, sie hätten Anspruch auf den für männliche Arbeiter geltenden Tariflohn von 26 M.

Das Gericht schloß sich diesem Standpunkt an und verurteilte die Firma, jedem der Kläger die geforderte Differenz von 24 M. nachzuzahlen.

Stilllegungen als Mittel des Lohndruckes.

Mülheim a. d. Ruhr, 29. Juli. (II.) Die Maschinenfabrik Lohpen u. Co. hat zum ersten September sämtlichen Bureaubeamten mit Ausnahme der Bureauchefs infolge Arbeitsmangel gekündigt. Die gekündigten Beamten können nach dem 1. September in Kurzarbeit weiter beschäftigt werden, wenn sie sich mit einer Kürzung ihres Gehaltes um 50 M. einverstanden erklären. Die Betriebe der Firma, die bis jetzt noch voll gearbeitet haben, sollen ab 1. August auf Kurzarbeit gestellt und 1000 Arbeiter infolgedessen entlassen werden. Die Friedrich-Wilhelm-Hütte hat beim Demobilisierungskommissar die Stilllegung des gesamten Wertes beantragt.

Die Krise in der Solinger Industrie.

Solingen, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Solinger Industrie steigt die Erwerbslosigkeit von Woche zu Woche und beträgt bereits mehrere tausend. Gleichzeitig wird auch die Tariffrage wieder angesetzt. Eine Anzahl wichtiger Heimarbeitserufe haben dem Arbeitgeberverband ihre Preisverzeichnisse gekündigt.

Wie die Unternehmer die Produktion steigern.

Essen, 30. Juli. (Eig. Drahtber.) Da es bei den Verhandlungen über die Lohnsätze für die südlichen Randzechen zu keinem Ergebnis gekommen ist, haben die Bergarbeiterverbände den Standpunkt vertreten, daß ohne eine vorherige freigelegte Kündigung der zur-

zeit geltenden Lohnordnung eine Abänderung der in dieser festgelegten Lohnsätze der einzelnen Zechengruppen nicht in Frage kommen könne. Der Zechenverband beabsichtigt daher, das Lohnabkommen für den Ruhrkohlenbergbau zu kündigen, und hat angekündigt, daß, falls nicht bald eine Wendung der Lage eintritt, in kurzer Zeit mit der Stilllegung sämtlicher südlichen Randzechen zu rechnen sei.

Der Generalstreik in Osterschlesien.

Katowitz, 30. Juli. (Mit.) Der Aufruf zum Generalstreik in den Hütten und Gruben Osterschlesiens hat sich so durchgesetzt, daß heute bis auf eine Hütte und eine Grube sämtliche Betriebe still liegen. Der Streik bemächtigt sich, den Streik beizulegen und hat sich a. die Regierung gewandt, die voraussichtlich den Arbeitsminister Laronst nach Osterschlesien entsenden wird.

Der Achtstundentag bei den französischen Eisenbahnen.

Paris, 30. Juli. (II.) Die Kammer hat heute verschiedene Gesetzentwürfe, u. a. eine Vorlage angenommen, die genaueste Beobachtung des achtstündigen Arbeitstages den Eisenbahngesellschaften vorschreibt.

Eingreifen der englischen Regierung im Baukonflikt.

London, 29. Juli. (II.) Der zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern im englischen Baugewerbe ausgebrochene Streik ist noch immer nicht gelöst. Die Arbeitnehmer des Baugewerbes erhielten vom Arbeitsministerium eine Anfrage, ob ihnen der 7. August, das ist Mittwoch der nächsten Woche, passe, um in London eine gemeinsame Sitzung mit den beiden nationalen Körperschaften abzuhalten, welcher Aussprache ebenfalls die Vertreter der Liverpooler Handelswelt beizuwohnen sollen. Es heißt, daß die Arbeitnehmer des Baugewerbes die Frage des Arbeitsministeriums mit „Ja“ beantwortet haben.

Achtung, Maschinenlehrer! Die Fraktion Amsterdam hat sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der gegenwärtig in Gang befindlichen Stichwahl zwischen den Kollegen Lemke und Körber befaßt. Sie hat einstimmig beschlossen, den Kollegen Maschinenlehrer zu empfehlen, soweit sie ihre Stimme noch nicht abgegeben haben, für den Kollegen Lemke zu stimmen.

Der Fraktionsvorstand der SPD-Buchdrucker.

Das Abkommen von Washington. Das Internationale Arbeitsamt macht darauf aufmerksam, daß der Wortlaut des Übereinkommens von Washington über die Arbeitszeit im Heft 2 (Februar 1923) der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ (Deutsche Ausgabe) abgedruckt ist. Die „Internationale Arbeitsrundschau“, die im Umfange von 100 Seiten monatlich vom Internationalen Arbeitsamt herausgegeben wird, ist zum Preise von 1 M. pro Heft und Monat zu beziehen vom Kommissionsverlag Buchhandlung Dr. Hans Preiß, Berlin C. 19, Gertraudenstr. 15/19.

Zentralverband der Reichsinnen- und Helfer (Gesellschaft Groß-Berlin). Generalsammlung der bei uns organisierten Reichsinnen. Jeder um am Freitag, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-25. Saal 1. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht vom 2. Quartal. 2. Rollenbericht vom 2. Quartal. 3. Kurze um Verbandstag. 4. Verschiedenes. Nicht eines jeden Reichsinneren Kollegen ist es pflichtlich zu dieser Versammlung zu erscheinen. — Die Ortsverwaltung.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Günstig kühl, zunächst trübe mit leichten Regenschauern; später wieder allmähliche Aufhellung.
Deutschland: Im Ostdeutschland leichte Regenschauer mit Abkühlung. In West- und Süddeutschland beginnende Aufhellung.

Verantwortlich für den Inhalt: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Seemann; Gewerkschaftsbewegung: J. Böhmer; Redaktion: Dr. John Schlawski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstadt; Anzeigen: H. Glaser; Druck: Friedrichs-Verlag; Verlags- und Druckerei: G. m. b. H., Berlin, Druck: Bornstr.-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

HOLZHAUSER
von 500 Mk. an
Schuppen, Hallen, Gärten etc. liefert preiswert kurzfristig
Holzhausbau Lüttmann
8 14, Leibnizstr. 11/13
Berlin 1020/21

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel · Ausführung sämtl. Reparaturen · Preiswerte, gediegene Arbeit

Blumen für Opfertage
1000: 5, 8, 10, 15 M.
Gium.-Hesse, Dresden

Kaffee-Woche!

Um jeder Hausfrau Veranlassung zu geben, die Vorzüge unserer edelen Kaffeesorten kennen zu lernen, veranstalten wir **von heute bis Mittwoch, den 6. August, eine Reklame-Woche**

Wer ½ Pfd. Kaffee kauft, erhält dazu ½ Pfd. Zucker	
„ 1 Pfd. Kaffee „	„ 1 Pfd. Zucker
„ 2 Pfd. Kaffee „	„ 2 Pfd. Zucker
„ 5 Pfd. Kaffee „	„ 5 Pfd. Zucker
„ 10 Pfd. Kaffee „	„ 10 Pfd. Zucker

Reichelt's Qualitäts-Kaffee

Extrafiner ½ Pfd. **1⁴⁰** M. Hochfeiner ½ Pfd. **1⁷⁰** M. Allerfeinster ½ Pfd. **2⁰⁰** M.

Kaffee  **Butter**

146 eigene Geschäfte in Groß-Berlin